Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1558. Girokasse Riesa Nr. 32.

№ 172. Dienstag, 26. Juli 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Verfassungsfeier am 11. August.

vdz. **Berlin.** Die Feier des Jahrestages der Reichsverfassung vom 11. August wird auch diesmal wieder von der Reichsregierung im Reichstagsgebäude veranstaltet werden. Die Feier ist auf 12 Uhr mittags angesetzt und wird etwa eine Stunde dauern. Die Feier wird eingeleitet durch einen Sprechchor, woran sich die Festrede des Reichstagsabg. von Kardorff (DVP.) anschließt. Nach einem abermaligen Vortrag des Sprechchors wird der Reichskanzler Dr. Marx seine Ansprache halten, der der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes folgen wird. Während der Feier wird vor dem Reichstagsgebäude auf der großen Freitreppe der Berliner Sängerbund einige Lieder singen. Die Feier schließt damit, daß der Reichspräsident die Front einer Kompagnie abschreitet, die vor dem Reichstagsgebäude aufgestellt sein wird.

Am Abend findet ferner eine Verfassungsfeier in der Funkhalle in Charlottenburg statt, die gemeinsam von der Reichsregierung, von der preußischen Staatsregierung und vom Magistrat der Stadt Berlin veranstaltet wird. Diese Feier beginnt um 7½ Uhr und wird voraussichtlich 1½ Std. dauern. Sie wird eingeleitet durch die Ouvertüre aus den Meistersingern, die vom Berliner Philharmonischen Orchester und dem Symphonieorchester unter Leitung von Furtwängler vorgetragen wird. Nach Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters Boeß wird der Berliner Sängerbund unter Leitung von Max Wiedemann Lieder vortragen. Die Festrede wird von dem preußischen Kultusminister Dr. Becker gehalten. Darauf folgt Gesang vom Gruppenchor des Deutschen Arbeitersängerbundes Gau Berlin, und sodann wird auch hier der Reichskanzler Dr. Marx das Wort zu einer Ansprache nehmen, an die sich das Absingen des Deutschlandliedes anschließt.

Zwei Männer — zwei Welten.

gu. Wenn sich zwei Frauen zanken, hält sich gewöhnlich diejenige für die Siegerin, die das letzte Wort gehabt hat. Und es pflegt ihren Triumph nicht im geringsten zu beeinträchtigen, daß ihre Gegnerin ihr achselzuckend den Rücken gedreht hat, weil sie sich für zu gut hält, um auf den vorgebrachten Unsinn noch etwas zu erwidern.

Zwischen europäischen Staaten hat man aber bisher doch andere Methoden des Meinungsaustausches beobachtet. Es ist Belgien vorbehalten geblieben, hierin eine Aenderung eintreten zu lassen, indem es nun zum dritten Mal wiederholt hat, was ihm bereits zweimal widerlegt worden ist und wofür es einen Beweis nicht antreten will oder — wahrscheinlicher — nicht antreten kann. Aus diesem Grunde wird die deutsche Regierung mit vollem Recht davon absehen, die am Sonnabend überreichte belgische Note noch einmal zu beantworten, da man das Urteil über die Angriffe des belgischen Kriegsministers, die diesen Notenwechsel zur Folge haben, wohl getrost den unbeteiligten Staaten überlassen kann. Zudem glaubt man deutscherseits auch zwischen den Zeilen der letzten Note lesen zu können, daß die belgische Regierung sich nicht restlos mit ihrem Kriegsminister identifiziert, was umso verständlicher ist, als der Außenminister Vandervelde die Dokumente, aus denen Herr Broqueville angeblich seine Weisheit geschöpft hat, trotz seines ausdrücklichen Wunsches noch nicht einmal zu sehen bekommen hat.

Das Interessante der belgischen Note sind die Stellen, in denen sie gegen den parlamentarischen Untersuchungsausschuß des deutschen Reichstages agressiv werden zu müssen glaubt. Hier befinde sie sich nämlich in einer ganz auffallenden Uebereinstimmung mit Poincaré, der am Sonntag bei seiner Festrede, die er dieses Mal in Orchies gehalten hat, ganz ähnliche Aeußerungen gemacht hat, eine Uebereinstimmung, die so auffallend ist, daß sie vielleicht nicht nur auf einen Zufall zurückgeführt werden kann. Im übrigen aber hat auch die diesmalige Sonntagsrede Poincarés so wenig Neues gebracht, daß sie selbst von der französischen Presse fast völlig ignoriert wird. Auf die Dauer sind die fortgesetzten Ausfälle gegen einen entwaffneten Staat, mit denen Poincaré auch in Orchies nicht gegeizt hat, auch für die Leser der Pariser Boulevard-Blätter unerträglich geworden. Gewiß hat sich der französische Ministerpräsident eine gewisse Reserve auferlegt und wiederholt seinen Verständigungswillen betont. Seine wahre Gesinnung kam aber in den haßerfüllten Ausführungen, mit denen er Deutschlands Schuld am Kriege nachzuweisen versuchte, immer wieder zum Durchbruch. Sonst bietet die Rede für Frankreich mehr Interessantes als für uns. Soweit sich die französischen Blätter überhaupt mit ihr beschäftigen, wird sie allgemein dahin kommentiert, daß Poincaré nicht daran denkt, zurückzutreten, sondern sich mit allen Mitteln auf seinem Platz behaupten will. Seine Drohung, andernfalls würde es eine Währungskatastrophe geben, richtet sich vor allem an die Adresse von Caillaux, der ebenfalls am Sonntag, und zwar in Jupilly, eine Rede gehalten hat, die allseitig die stärkste Beachtung findet. Sie bedeutet ein klares, absolut eindeutiges Bekenntnis zu der Politik, die durch die Namen „Locarno" und „Thoiry" gekennzeichnet ist. Sie bedeutet weiter eine scharfe Kriegserklärung an alle diejenigen, die glauben, die Verständigungspolitik Briands sabotieren und durchkreuzen zu können.

Caillaux ist bekanntlich der Führer des linken Flügels der Radikalen, die eine Hauptstütze der jetzigen Regierung sind. Man glaubt in politischen Kreisen, daß seine gestrige Rede die Einleitung eines Kurswechsels sein kann, der für die französische Außenpolitik, und damit für Deutschland, von allergrößter Bedeutung sein würde.

Trauersitzung des österreichischen Nationalrats.

)(**Wien**, 25. Juli. Der Nationalrat hielt heute nachmittag eine kurze Trauersitzung ab.

Präsident Miklas hielt eine Ansprache, in der er zunächst der tiefsten Trauer über den Ausbruch der Volksleidenschaften Ausdruck gab, der wie ein Wetterstrahl aus heiterem Himmel, wie eine Elementarkatastrophe über die sonst so lebensfrohe Stadt hereingebrochen sei. Ueber Ursache, Schuld und Verantwortung wolle er nicht sprechen. An diesem Tage gelte die Trauer den unglücklichen Opfern, tiefstes Mitgefühl den Verwundeten, den Hinterbliebenen und Angehörigen. Wenn etwas in diesen Tagen des Entsetzens und des Schmerzes erhebend und tröstend war, war es die Erkenntnis, daß neben dem Gespenst des Schreckens auch aufopfernde Pflichttreue und hingebendste Pflichterfüllung sich bewährt haben, der Engel der Barmherzigkeit in Menschengestalt gewaltet habe. Der Präsident drückte allen Faktoren des staatlichen und öffentlichen Lebens, die sich in der Stunde der Gefahr um die Wiederherstellung der Ordnung bemüht haben, wie den Organen der Ordnungsgewalt, die das schwerbedrohte Parlament schützten, weiter den öffentlichen und privaten Wohlfahrtsorganisationen, endlich den Aerzten und ihren Helfern den Dank und die Anerkennung des Parlaments aus. Der Präsident erinnerte an den Appell zu ernstem und friedlichem Zusammenwirken, den er bei der Eröffnung des neuen Nationalrates an dessen Mitglieder gerichtet habe und bat sie, nicht nur hier auf der parlamentarischen Tribüne, sondern auch draußen als Führer und Berater des Volkes dieser Mahnung eingedenk zu sein. Sie werden, sagte der Präsident, am besten dem Volke und seiner Arbeit dienen, wenn sie dazu beitragen, daß bei dem österreichischen Volke, das oft und in schweren Zeiten Ruhe und Besonnenheit bewahrt hat, die klare Erkenntnis immer mehr Fuß faßt, daß in einer demokratischen Republik ohne gegenseitiges Verstehen und ohne feste staatliche Ordnung ein Gedeihen des Volkes unmöglich ist. Wenn diese Erkenntnis Gemeingut aller Volksteile wird, dann werden auch die schrecklichen Julivorgänge eine, wenn auch teuer bezahlte und bittere, aber heilsame Lehre sein.

Der Präsident schloß mit dieser Kundgebung die Sitzung und beraumte die nächste Verhandlung für morgen elf Uhr vormittags an.

•

Beratungen der Parteiklubs und der Obmännerkonferenz in Wien.

)(**Wien**, 25. Juli. Nach der Sitzung des Nationalrats traten die einzelnen Parteiklubs zusammen, woran sich zur Vorbereitung der morgigen Sitzung eine Obmännerkonferenz schloß.

•

Zu den Wiener Vorgängen.

)(**Wien**, 25. Juli. Wie das Neue Wiener Tagblatt meldet, wurde heute mittag im Kreise der Wiener Magistratsbeamten bekannt, daß gestern ein städtischer Rechnungsbeamter in der Sommerfrische in Haft genommen worden ist, weil er mit demjenigen Mann identisch sein soll, der am 15. Juli einen Schuß aus dem Rathause abgegeben haben soll. Ferner wurden gestern noch weitere 20 Personen wegen Beteiligung an den Ausschreitungen und Brandstiftungen verhaftet. In das Landesgericht sind bis heute über 100 Demonstranten von der Polizei eingeliefert worden.

•

Der amtliche Bericht über die angebliche Verwendung von Dum-Dum-Geschossen.

)(**Wien.** Ueber die angebliche Verwendung von Munition mit Dum-Dum-Geschoßwirkung wird durch das Sachverständigen-Gutachten amtlich festgestellt, daß unter der in den Waffenhandlungen geraubten Munition sich solche befand, die, nur für Jagdzwecke bestimmt, geeignet war, Verletzungen schwerster Art hervorzurufen. Es wird weiter über die übrigens nicht verwendete Scheibenschuß-Munition gesagt, daß, selbst wenn eine solche an Stelle der tatsächlich gebrauchten Normalmunition verwendet worden wäre, dies kaum eine Vermehrung der Zahl der schweren Verletzungen hätte herbeiführen können. Insbesondere treten bei dieser Munition nicht die bei normalen Patronen besonders gefährlichen Preller auf. Die Momente, die für und gegen die Verwendung von Scheibenmunition im Straßenkampf sprechen, halten sich ziemlich das Gleichgewicht. Es wird schließlich mitgeteilt, daß auf Anfragen bei den Krankenstationen erklärt wurde, daß **keine Beobachtungen über die Verwendung anormaler Geschosse gemacht worden sind.**

•

Die Aufstellung der Wiener Gemeindeschutzwache.

)(**Wien.** Der Gemeindeausschuß der Allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten genehmigte gestern mit den Stimmen der Sozialdemokraten die vom Bürgermeister vorgeschlagenen Verfügungen über die **Aufstellung einer Gemeindeschutzwache bis zur Stärke von 2000 Mann.** Sie erhält den Namen „Gemeindewache" und gilt als Organisation des öffentlichen Dienstes. Am 1. September 1927 wird die Höchstzahl auf 1000 Mann herabgesetzt. Die Gemeindewache hat den Ordnungs- und Wachdienst in den städtischen Aemtern, Anstalten und Unternehmungen zu besorgen, ferner kann sie zu Erhebungsdienst und zur Ueberwachung der Einhaltung der Landesgesetze und Vorschriften verwendet werden, die nach dem 1. Oktober 1925 erlassen wurden.

•

Die Wiener Vorgänge vor dem steiermärkischen Landtag.

)(**Graz**, 25. Juli. Der steiermärkische Landtag befaßte sich heute mit den Ereignissen des 15. und 16. Juli und dem anschließenden Generalstreik in Wien und der Steiermark.

Zunächst wurden **zwei Anträge der Mehrheitsparteien** behandelt, die die **Verstärkung der Gendarmerie** betreffen, sowie behördliches Vorgehen gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Wallisch fordern, der in Bruck an der Mur eine fast zwei Tage dauernde Diktatur aufgerichtet hatte.

Landeshauptmann Paul erklärte in seiner Antwort, daß auch er die Verstärkung der Gendarmerie für unbedingt notwendig halte. Er sei bereit, im Einvernehmen mit dem Präsidium alle Schritte zu beschleunigen, die dazu führen, den Abg. Wallisch zur gesetzlichen Verantwortung zu ziehen.

Namens der Parteien der Einheitsliste wurde ein **Resolutionsantrag** gestellt, in dem der Landeshauptmann ersucht wird, die Bundesregierung zu veranlassen, zum Schutze der Republik, der ungestörten Entwicklung des Wirtschaftslebens und der moralischen Gesundung des Volkes **für folgende Gesetzesbeschlüsse Sorge** zu tragen:

1. Die ungehemmte Pressefreiheit, unter deren Schutz in verantwortungsloser Weise die niedrigsten Instinkte des Volkes aufgestachelt werden, ist einzuschränken.
2. Die Todesstrafe ist wiedereinzuführen, da die Verbrechen in entsetzenerregender Weise sich mehren.
3. Das Schwurgericht, das nach der Spruchpraxis die schwersten Verbrechen ungesühnt läßt und somit das Rechtsempfinden des Volkes vollständig untergräbt, ist zu reparieren.
4. Die öffentlichen Verkehrsmittel und lebenswichtigen Betriebe sind vor Stillegung durch einen politischen Generalstreik zu schützen.
5. Das Söldnerheer ist in eine Miliz nach dem Muster der Schweiz umzuwandeln.

Bei der Abstimmung wurde **der Resolutionsantrag angenommen**, ebenso ein Antrag, der die bereits bekannten Forderungen des Landbundes enthält, sowie ein **großdeutscher Antrag, der Maßnahmen gegen den politischen Streik öffentlicher Angestellter verlangt.**

•

Freilassung des Abg. Pieck.

Wien. (Funkspruch.) Nach Mitteilung der Staatspolizei wurde die vom Landesgericht gegen den deutschen kommunistischen Landtagsabgeordneten Pieck geführte Untersuchung durch Zurücktreten des Staatsanwalts von der Anklage gestern eingestellt. **Pieck wurde der Polizei wieder übergeben. Diese genehmigte auf Wunsch Piecks dessen Abreise nach Deutschland, welche heute erfolgt.**

Deutsche Dampfer in China angehalten.

Wie Reuter aus Schanghai berichtet, wurden 8 deutsche Dampfer, darunter die „Münsterland" der Hamburg—Amerika-Linie und ein Dampfer der Rickmers-Linie von den chinesischen Behörden drei Tage lang festgehalten und erst nach Durchsuchung wieder freigelassen. Eine Erklärung ist von der Nankinger Regierung nicht erfolgt. Ein weiterer Dampfer der Rickmers-Linie „Deike Rickmer", der eine Ladung Tee von Hankau nach Wladiwostok an Bord hatte, wurde, nachdem die Ladung auf den sowjetrussischen Dampfer „Henli" umgeladen worden war, nach dem Kianghang-Arsenal, oberhalb von Schanghai, gebracht. Da Deutschland keinerlei Exterritorialitätsrechte in China genießt, besteht **keine Beschwerdemöglichkeit.**

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Ein französisches Communiqué.

• **Berlin.** (Telunion.) Die Morgenblätter bringen folgende durch Havas verbreitete Mitteilung des französischen Handelsministeriums über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. In der abgelaufenen Woche ist in der Haltung der beiden Delegationen, die die Prüfung der letzten deutschen Vorschläge fortgesetzt haben, keine Aenderung eingetreten. Die deutschen Vertreter halten an gewissen Forderungen fest, die die französischen Unterhändler als mit den Interessen der Industrie und des Handels des Landes unvereinbar betrachten. Man ist jedoch der Ansicht, daß unter allen Umständen in dieser Woche eine Entscheidung eintreten müsse und man neigt der Auffassung zu, daß die Unterhandlungen zur Unterzeichnung des in Vorbereitung befindlichen Abkommens führen dürften.